

Stiftung Liebenau
Ressort Sozialpolitik



www.stiftung-liebenau.de/sozialpolitik

**Stiftung Liebenau,
Körperbehindertenzentrum Oberschwaben**

Positionspapier:

**Zur Entwicklung der Behinderten-
hilfe**

Kontakt:

Stiftung Liebenau
Ressort Sozialpolitik
Ulrich Kuhn
Siggenweilerstr. 11
88074 Meckenbeuren-Liebenau

Tel. 07542-10 1206
FAX 07542-10 1231
eMail ulrich.kuhn@stiftung-liebenau.de

www.stiftung-liebenau.de/sozialpolitik

Liebenau 2003

Positionspapier

zur Entwicklung der Behindertenhilfe

Parlamentarischer Abend
Berlin, 10. September 2003



Weniger ist mehr

Solidarität mit behinderten Menschen trotz knapper Kassen

Die Nachfrage nach sozialen Dienstleistungen wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten stark zunehmen. Dies führt zu wachsenden Finanzierungsproblemen der sozialen Sicherungssysteme. Ohne Strukturveränderungen drohen pauschale Kosten- und Leistungsstandardensenkungen nach der so genannten „Rasenmähermethode“. Dies würde jedoch zwangsläufig die besonders auf die Solidarität durch die Gesellschaft angewiesenen Menschen mit Behinderungen am stärksten treffen.

Daher sind die begrenzten Ressourcen künftig so effizient einzusetzen, dass sie möglichst unmittelbar den benachteiligten Menschen zugute kommen. Dies erfordert eine neue Kultur des sozialen Miteinanders und rechtliche Rahmenbedingungen, die auf den Werten Einfachheit, Freiheit, Vertrauen, Eigenverantwortung und Selbstorganisation beruhen.

Daraus ergeben sich folgende zentrale Schlussfolgerungen:

1. Weniger staatliche Regulierung heißt mehr Angebotsvielfalt und Selbstbestimmung

- Um die Sozialsysteme einfacher, beweglicher und kostengünstiger zu gestalten, muss die Verantwortung an die Basis gegeben werden. Eine schrittweise Umstellung vom Sach- auf das Geldleistungssystem (Stichwort „Persönliches Budget“) im Leistungsrecht eröffnet den Hilfeempfängern Wahlfreiheiten und den Leistungsanbietern die unternehmerische Freiheit, um selbstorganisiert und unbürokratisch einfache und individuell passende Hilfesysteme zu organisieren.
- Die kosten- und zeitintensive planwirtschaftliche Investitionssteuerung durch den Staat ist durch eine markt- und nachfrageorientierte Angebotsentwicklung der Sozialunternehmen zu ersetzen. Eine Finanzierungsumstellung von der Objekt- zur Subjektförderung (über Pauschalen in den Geldleistungen) würde Innovation, Angebotsvielfalt und Selbstbestimmung der Betroffenen fördern.

2. Weniger Verwaltungsarbeit heißt mehr Zeit für die Menschen

- Die Systeme müssen radikal vereinfacht werden, indem Rahmenbedingungen überregional vereinheitlicht, Leistungsgesetze und Kostenträger fusioniert (z.B. durch Bundesleistungsgesetz) und Verwaltungsebenen abgebaut werden sowie auf Detailvorgaben verzichtet und die Umsetzungsverantwortung an die Beteiligten vor Ort gegeben wird. Je weniger Personal in ministeriellen Planungsabteilungen, in Sozialverwaltungen und in den Sozialgerichten benötigt wird, umso mehr Personal steht für den unmittelbaren Dienst am Menschen zur Verfügung.
- Das immer mehr um sich greifende Prinzip „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ (Lenin) muss wieder umgedreht werden. Wenn die Leistungsempfänger und die Leistungserbringer die passenden Hilfesysteme individuell vereinbaren können, ein wirksamer Verbraucherschutz organisiert und die Dienste verstärkt ins Ge-

meinwesen integriert werden, können wir auf die Wirksamkeit der sozialen Kontrolle durch das soziale Umfeld vertrauen und brauchen nur noch ein Minimum an behördlichen Vorgaben, Kontrollen und entsprechenden Dokumentationsaufwendungen.

3. Weniger Sonderformen heißt mehr Integration und Normalität

- Je mehr die öffentliche Infrastruktur barrierefrei gestaltet ist und somit auch von Menschen mit Behinderungen unterschiedlicher Art nutzbar ist, umso weniger müssen für einzelne Personengruppen Sonderstrukturen vorgehalten werden.
- Je mehr in die frühe Förderung und Integration behinderter Menschen, in die ambulante Betreuung und in die Berücksichtigung behindertenspezifischer Mehrbedarfe im Regel-Gesundheitssystem investiert wird, umso mehr können behinderte Menschen am üblichen Leben teilnehmen und umso weniger sind teurere Spezialeinrichtungen erforderlich.

4. Weniger Mittelverteilung nach dem „Gießkannenprinzip“ an alle heißt mehr Unterstützung für wirklich Hilfebedürftige

- Wir benötigen eine neue Balance zwischen Eigenverantwortung und Solidarität. Dies bedeutet, dass den leistungsfähigen Bürgern mehr Eigenvorsorge zugemutet wird, damit die notwendige Grundversorgung und die gezielte Unterstützung für die besonders hilfebedürftigen Menschen weiterhin durch die Beiträge der Gesamtbevölkerung solidarisch finanziert werden können.
- Etwaige Kosteneinsparungen in der Behindertenhilfe durch einen verstärkten Ausbau ambulanter Dienste, Gemeinwesenintegration und Stärkung der Selbsthilfekräfte der Betroffenen und des sozialen Umfeldes sind zur Sicherung der Qualität personalintensiver Betreuung schwerst- und mehrfach behinderter Menschen einzusetzen.

Dr. Berthold Broll
Vorstand
Stiftung Liebenau

Siggenweilerstr. 11
88074 Meckenbeuren
Telefon 0 75 42/10-12 02
Telefax 0 75 42/10-11 06
E-Mail berthold.broll@stiftung-liebenau.de
Internet www.stiftung-liebenau.de

Hans-Ulrich Karg
Vorstand
Körperbehindertenzentrum
Oberschwaben

Sauterleutestr. 15
88250 Weingarten
Telefon 07 51/40 07-10
Telefax 07 51/40 07-67
E-Mail u.karg@kbzo.de
Internet www.kbzo.de